

# Frühweiliger Frühling

Montag, 14. November 2005

Z E I T U N G

Nr. 266 • 46. Woche • Preis 1,00 €

## Berliner Hilfe für Kiewer Revolutionäre

Ein Jahr nach dem Umsturz in der Ukraine macht sich Ernüchterung breit / Es fehlt an funktionierenden Parteien

VON STEFAN KOCH

**Berlin.** In Aserbaidshan gilt die Ukraine als Vorbild. Oppositionelle schwanken am Wochenende in Baku zu Tausenden orangefarbene Fahnen, um gegen die jüngsten Wahlen zu protestieren. Die Aseri geben sich alle Mühe, den Kiewer Umsturz zu wiederholen. Doch im Land des erfolgreichen Machtwechsels ist längst Ernüchterung eingetreten. Viele Ukrainer sind vom Revolutionspaar Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko enttäuscht. Das Duo hat sich mittlerweile zerstritten – und die Wirtschaft liegt noch immer am Boden. Einige Anhänger des früheren Präsidenten Leonid Kutschma wurden zwar aus der Politik und den Führungsetagen der Großindustrie gedrängt. Insgesamt wurde die alte Elite aber nicht angetastet.

Eine kleine Hilfestellung, wie die neue Enttäuschung überwunden und der de-

mokratische Prozess Schritt für Schritt fortgesetzt werden kann, wollen die „Kiewer Gespräche“ in Berlin leisten. Auf Einladung der Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt und des früheren Bundesverteidigungsministers Volker Rühle diskutierten Wissenschaftler, Politiker und Journalisten aus der Ukraine und Deutschland am Wochenende über Wege aus der Krise.

Während der Revolutionstage im November und Dezember 2004 blickte die Welt zwar gebannt auf die De-

monstranten in Kiew. Doch schon wenige Wochen später war das Interesse abgeflaut. In Brüssel wurde der Sieg des pro-westlichen Juschtschenko begrüßt, tatkräftige Hilfe ließ aber auf sich warten. Die EU ist noch viel zu sehr mit der jüngsten Erweiterung beschäftigt, als dass es größere Unterstützung für den nahe gelegenen Osten geben könnte.

„Viele Ukrainer hatten auf den Neuanfang gesetzt. Doch in der Verwaltung sitzen heute dieselben Leute“, sagt Manfred Grund, CDU-

Bundestagsabgeordneter aus Thüringen, der zahlreiche osteuropäische Kontakte pflegt. Jetzt komme es darauf an, demokratische Grundsätze stärker zu verankern. Eine Herausforderung sei dabei die Parteienbildung. Das Parlament in Kiew soll zwar ab 2006 massiv gestärkt werden. Voraussetzung für eine funktionierende parlamentarische Arbeit seien aber Parteien, die überregional aktiv sind und sich nicht nur einem einzelnen Abgeordneten verpflichtet sehen.

Dass die EU stärker auf die „neue Ukraine“ zugehen muss, glaubt auch Tetyana Astaschkina. Die Studentin aus Lemberg absolviert einen Aufbaustudienangang in Frankfurt/Oder und ist enttäuscht, dass es ihren Landsleuten noch immer schwer gemacht wird. Erfahrungen in Westeuropa zu sammeln. „Solange ein so strenges Visa-Regime herrscht, ist es für viele Ukrainer unmöglich, im Westen Erfahrungen zu sammeln.“



Fordern ein stärkeres Engagement in Berlin und Brüssel für die „neue Ukraine“: Katrin Göring-Eckardt und Volker Rühle.